

Die „Freiheit“ erscheint morgens aus nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung im Voraus für Berlin 10 M., im Voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden die üblichen Postgebühren in Rechnung gestellt. Unter Berücksichtigung der früheren deutschen Briefmarken u. Zugangsgebühren 20 M., in das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 94.

Die wichtigsten Korrespondenzen oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das jetzige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15233

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rahr bereitet den Staatsstreich vor!

Bewaffnete Hilfe aus Norddeutschland

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.
München, 14. September.
Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz wendet sich heute mit aller Schärfe gegen die Einflüsse, die von Seiten der Deutschnationalen in den kritischen Stunden gegenüber dem Ministerpräsidenten ausgeübt worden sind. Es sei deshalb zu einer Kräftprobe gegen diese Einflüsse gekommen. Die Situation in München wird ständig kritischer. Am Sonntag war Erzherzog Ludwig in München mit einer Anzahl weiterer männlicher Angehöriger der Familie Wittelsbach. Er reiste erst am Montag früh von München ab, und es darf wohl angenommen werden, daß er mit politischen Persönlichkeiten in München Besprechungen gehabt hat.

Zu den letzten Nächten werden ständig Waffen- und Munitionstransporte aus der Ammerseegegend per Auto nach München beobachtet. Man schafft aus den dort befindlichen geheimen Lagern, die in Klöstern und Bauerngütern untergebracht sind, die Waffen und zugehörige Munition nach München zur Unterstützung eines geplanten Staatsstreiches vor. Die Deutschnationalen arbeiten mit allen Mitteln daran, Rahr wieder zum Ministerpräsidenten zu machen. Gelingt ihnen das nicht, so sind größere Verwickelungen zu erwarten. Trecks kommen aus Norddeutschland täglich Halenkreuzler in München an, die die Truppen der Münchener Reaktion verstärken sollen.

Die badische Gerichtskommission, die hier die Untersuchung gegen die Mörder Erzbergers leitet, hat bereits sechs Personen unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft verhaftet. Unter dem Einfluß der Tätigkeit dieser Kommission werden die Münchener Reaktionen sichtbar nervös.

Die Schuldigen

Wir haben schon in unserer heutigen Morgenausgabe darauf hingewiesen, daß die Mörder Erzbergers rechtzeitig gewarnt worden sind und sich dem Zugriff der badischen Staatsanwaltschaft durch die Flucht aus München entzogen haben. Unsere Auffassung wird jetzt durch das „Berliner Tageblatt“ und auch durch andere Privatberichte aus München bestätigt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Die Erhebungen, bei denen die Münchener Polizeidirektion mit der badischen Staatsanwaltschaft und der württembergischen Landespolizei zusammenarbeitet, hat ergeben, daß der Kaufmann Heinrich Schulz und der Student Heinrich Tilleßen nicht nur von München aus das Attentat vorbereitet haben und zu seiner Ausführung Erzberger nachgeholfen sind, sondern nach vollbrachter Tat auch hierher zurückgekehrt sind und sich bis vor wenigen Tagen in München aufgehalten haben. Erst als die badische Staatsanwaltschaft die Personalien der Mörder feststellte und die nach München führenden Spuren aufgenommen hatte, waren die beiden plötzlich wieder von hier verschwunden.“

Es ist also anzunehmen, daß die badische Staatsanwaltschaft der Münchener Polizeibehörde den Aufenthalt der Mörder Erzbergers meldete. Von dieser Meldung sind die Mörder in Kenntnis gesetzt worden und haben sich dann Hals über Kopf auf die Flucht gemacht. Die Verhaftung konnte nur durch Beamte der Herrn Boehner unterstehenden Münchener Polizei erfolgt sein. Eine Privatperson war von den Spuren, die die badische Staatsanwaltschaft ausgebeutet hatte, wohl kaum unterrichtet, und gerade aus diesen Gründen hat sich die badische Staatsanwaltschaft in eigener Person nach München begeben, nur ihrem Zugriff ist es zu danken, daß bisher wenigstens bei der Hausdurchsuchung in München Material gefunden worden ist, welches die rechtsradikalen Terrororganisationen schwer belastet.

Wenn die badische Staatsanwaltschaft in der Münchener Polizei ein Instrument gesehen hätte, das ebenso zuverlässig nach rechts arbeitet wie nach links, dann hätte die Staatsanwaltschaft die Reise nach München niemals angetreten. Wir weisen ausdrücklich noch einmal darauf hin, weil von Bayern aus der Versuch unternommen wird, die besondere Mitwirkung der Münchener Polizei bei der Entdeckung der Spuren lobend hervorzuheben. Das ist eine bewußte Ironie, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, und die deshalb unternommen wird, um das System Boehner zu retten, weil mit der Bekräftigung dieses Systems eine wesentliche Stütze der monarchistischen Konterrevolution fallen würde.

Ueber die Verhaftung der Berliner Familie (die inzwischen wieder entlassen worden ist), teilt der „Vorwärts“ einige wertvolle Einzelheiten mit. Die Mörder wohnten vom 6. bis 11. August bei dieser Familie, einer Apothekerswitwe mit einem Sohn und mehreren Töchtern. Der Sohn ist etwa 20 Jahre alt, er war Jährling zur See und gehörte der Brigade Ehrhardt an. Dort lernte er Schulz und Tilleßen, die jetzigen Mörder, kennen und nahm mit ihnen am Rapp-Putsch in Berlin teil.

Nach dem Rapp-Putsch ging der Jährling als Student der Medizin an die Berliner Universität, während Schulz und Tilleßen nach München übersiedelten, wo sich unter dem Schutze von Rahr und Boehner die Ehrhardtbrigade erneut versammelte und die „Arbeitsgemeinschaft Oberland“ (jetzt Freikorps Oberland) bildete, die der Organisation Ehrhardt angeschlossen war. Kapitänleutnant Ehrhardt leitete in München und später von Salzburg aus die Organisationsarbeiten. Sein Aufenthaltsort war der Münchener Polizeibehörde und auch dem Justizminister Koth genau bekannt. Ehrhardt und Oberst Bauer sind sogar bei dem Polizeidirektor Boehner persönlich ein- und ausgegangen.

Die Berliner Apothekersfamilie ist in der Deutschnationalen Volkspartei organisiert. Die Kinder gehören dem Deutschnationalen Schutz- und Trutzbund und der antisemitischen Hammergruppe an. Das sechzehnjährige Mädchen ist Mitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziersfrauen, der dem Nationalverband deutscher Offiziere angegliedert ist, jener Gründung, die der früheren, wegen Unterschlagung von Münzgeldern bestrafte Rechtsanwalt Bredered aus der Taufe gehoben hat. Die Familie bezieht als geistige Kost das „Deutsche Tageblatt“ des Herrn Wulle. Der verhaftete und jetzt wieder freigelassene Sohn schimpfte ebenso wie seine Familienangehörigen auf Erzberger, weil er die „Schuld am Reichsnotopfer trage“. Das ist der Geist deutschnationaler Erziehungskunst.

Die Mörder verfügen von Hause aus über keine Geldmittel. Ihre Reisekosten und die Kosten für ihre jetzige Flucht ins Ausland müssen also von einer rechtsstehenden Organisation bestritten worden sein. Diesen Spuren gilt es nachzugehen. Wir betonen schon jetzt, daß wir uns mit allen Mitteln gegen eine Verschlebung des Tatbestandes wenden werden. Es kommt nicht darauf an, die Mörder zu bestrafen, es gilt, die Organisationen ausfindig und unschädlich zu machen, die den Mord an politischen Gegnern organisieren und finanzieren. Es gilt vor allem auch, Nachforschungen darüber anzustellen, wer die Mörder mit gefälschten Papieren versehen hat, und wer schließlich die Täter waren, die die Mörder warnten, als es ruchbar wurde, daß ihnen die badische Staatsanwaltschaft auf der Spur war. Wir gehen dabei wohl nicht fehl, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß dieselben Kreise, die den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg finanzierten, die den Oberleutnant Vogel mit falschen Pässen versehen, ihn aus dem Gefängnis befreiten und nach dem Ausland brachten, auch hinter der Münchener Mörderorganisation stehen und den Mördern mit Hilfe behördlichen Materials zu Auslandsreisen und anderen Papieren verhelfen.

Die Mörderliga

Sieben Offiziere in München verhaftet

München, 14. September.

Zum Morde an Erzberger wird uns mitgeteilt: Durch das tatkräftige Eingreifen der badischen, württembergischen und bayerischen Kriminalbeamten ist es gelungen, eine Anzahl Personen zu verhaften, die nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung in Beziehungen zu den Tätern standen. Es handelt sich um sieben Personen, meist aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehörten, und die sich teils seit Wochen, teils seit kürzerer Zeit in München, angeblich zu Studienzwecken, aufhielten. Es sind dies: Manfred v. Killinger, Ehrhard Kautter, Adolf Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto Heinrich, Karl Schueder und Johann Leue. v. Killinger ist beschuldigt, vor der Begehung des Mordes an Erzberger mit Schulz und Tilleßen die Tat besprochen zu haben. Ferner hat v. Killinger, um den Mördern die Flucht zu erleichtern, deren Gepäck bei sich aufbewahrt. Die übrigen Beschuldigten sind verdächtig, in den Plan der beiden Täter eingeweiht gewesen zu sein, aber trotzdem keine Anzeige erstattet zu haben, so daß Tilleßen und Schulz den Mord ungehindert ausführen konnten. Weiter sind zwei Personen festgenommen worden, es wurde aber kein Haftbefehl erlassen. Diesen wird Mitwisserchaft zur Last gelegt. Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste Verdacht, daß an der Vorbereitung zur Tat, an ihrer Ausführung und an der Hilfe zur Flucht der Mörder bodenkündige Münchener oder Bayern beteiligt waren.

Die Verhafteten gehören größtenteils zur früheren Marinebrigade Ehrhardt. Killinger war Befehlshaber des Sturmabteiles Ehrhardt, das sich während des Rapp-Putches in Berlin besonders hervorgetan hat, aber auch in Oberschlesien jacobitische Grausamkeiten beging. Killinger gilt als die zuverlässigste Stütze Ehrhardts. Er hat die Ueberführung der Marinebrigade Ehrhardt nach Bayern geleitet und eine Werbezentrale unterhalten. Seine Name ist im Herbst vorigen Jahres, als sich die Marinebrigade Ehrhardt in Bayern ansässig machte, wiederholt von uns genannt worden, ohne daß die Behörden gegen Killinger eingeschritten wären, obwohl die Bildung bewaffneter Häuser, die Herr Killinger betrieb, nach dem Strafgesetzbuch schwer geahndet werden soll.

Vor einem neuen Rechtsputsch?

Die parteioffizielle „Zentrums-Parlamentskorrespondenz“ bringt in ihrer letzten Ausgabe die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Reichskanzler unanfechtbares Material darüber besitze, daß „rechtsgerichtete Kreise für die nächste Zeit Gewalttaten planen.“ Von dieser Tatsache hat der Reichskanzler dem Vorsitzenden der Deutschnationalen, dem Hg. Hergt, Mitteilung gemacht und ihn dringend ersucht, seinerseits mit allem Nachdruck seinen Einfluß auf alle ihm zugänglichen Kreise geltend zu machen, um sie von Rechtsbrüchen abzuhalten.

Wir können aus eigener Kenntnis hinzufügen, daß diese Mitteilung vollkommen stimmt. Es liegt genügend Material vor, aus dem mit unumstößlicher Sicherheit hervorgeht, daß deutschnationale Kreise fieberhaft für einen neuen Putsch rüsten. Die Gefahrenzentren liegen hauptsächlich in Südbayern und Oberschlesien, wo die illegalen militärischen Kräfte der Konterrevolution zusammengezogen sind und nur auf das Signal zum Losschlagen warten. Wir wiesen noch neulich darauf hin, daß die scheinbare Ruhe in Schlesien die Ruhe vor dem Sturm sei, und daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß Schlesien zu einem zweiten Baltikum zu werden droht, aus dem die unter dem Vorwand der Bekämpfung des polnischen Aufstandes zusammengezogenen Freikorps gegen Berlin marschieren wollen, um die „Judenregierung“ und die Republik zu stürzen.

Die Kräfte der deutschnationalen Putschisten beschränken sich indessen nicht auf Schlesien und Südbayern allein. Das Regime des preussischen Innenministers Dominicus hat den reaktionären Umwälzern in noch größerem Maße als früher die Möglichkeit gegeben, gestützt auf ihre Verbindungen mit den militärischen Dienststellen und den Verwaltungsbehörden, ihre Putschpläne vorzubereiten. Nach wie vor werden beispielsweise auch in Berlin umfassende Werbungen für die Freikorps Kothbach und Oberland vorgenommen, die die Hauptmehrpunkte der reaktionären Verschwörer und Freibeuter in Oberschlesien bilden.

Aber auch aus anderen Teilen des Reiches werden äußerst beunruhigende Symptome gemeldet. So schreibt die rechtssozialistische „Hamburger Echo“ in seiner Sonntagsausgabe: „Wer in den letzten Tagen die Bahnhöfe beobachtet hat zu Zeiten, in denen ein Zug in Richtung Bayern abfuhr, der konnte sehen, daß dieselben Leute, die sich am 10. März 1920 unter dem Hochverräter Ehrhardt in Döberitz sammelten, wieder auf der Fahrt sind. Wie sie sich, mit schwarz-weiß-roten Bändern und Hakenkreuzen geschmückt, die Hände schüttelten; Abenteuerlust, unerantwortlicher Leichtsinns, dieselbe politische Neife, die 1914 an die Eisenbahnwaggons schrieb: „Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen“, sie sieht ihnen auf der Stirn geschrieben. Wir sehen Kupperei ein und dann geht's nach der Judenrepublik Berlin.“ „Am bayerischen Wesen soll Deutschland genesen.“ „Diesmal wird alles an die Wand gestellt“; das ist der Ton, auf den die Unterhaltung abgestimmt ist.“

Es ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, daran zu erinnern, daß Kapitänleutnant Ehrhardt, der stets brieflich verfolgte Führer des Rapp-Putches, dem Rahr-bayern seit Jahr und Tag Zuflucht gewährt, noch immer ungehindert sein Stützquartier in Rosenheim hat, das eines der wichtigsten Mittelpunkte der monarchistischen Verschwörer aus dem ganzen Reich geworden ist. Nicht minder wichtig ist die Tatsache, daß die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Tilleßen, frühere Offiziere der Brigade Ehrhardt sind, die, wie die „Germania“ sehr richtig bemerkt, eine „Verbrecherzelle“ ist, die von der deutschnationalen Presse als Schöpfung behandelt wurde.

Diese Verbrecherzelle genießt ebenso wie die ihr verwandten militärischen Organisationen den hohen Schutz der bayerischen Regierung, die zwar offiziell zurückgetreten ist, aber sich noch immer unter allerhand windigen Vorwänden an die Macht klammert, um die Unantastbarkeit des bayerischen Mörderparadieses aufrecht zu erhalten. Zu dieser Verbrecherzelle gehörte wohl auch unmittelbar der Münchener Polizeipräsident Boehner, der wegen Duldung der deutschnationalen Nordpropaganda, vor allem aber wegen Schutzes der Mörder an Gareis und Erzberger auf die Anklagebank gehört.

Mit dieser Gesellschaft muß endlich gründlich ausgeräumt werden, nicht nur weil sie Bayern zu einer Mordgrube herabgewürdigt hat, sondern vor allem, weil sie von dem „Ordnungsstaat“ Bayern aus unbehindert die monarchistische Verschwörung gegen die Republik und das Reich organisieren kann. Der deutschnationale Parteivorsitzende Hergt hat noch gestern in einer Versammlung des Landesverbandes Berlin der deutschnationalen Volkspartei mit Genugtuung darauf hingewiesen, daß es in Deutschland nur eine Regierung der Ordnung, nämlich in Bayern, gebe, und diese Regierung habe den Deutschnationalen ihre Tagung in München möglich gemacht, aus der sie „aus der Defensive zur Offensive übergehen“ könnten. Das sagt der deutschnationale Parteivorsitzende, nachdem der Reichskanzler ihm von dem bevorstehenden Rechtsputsch Mitteilung

gemacht hatte. Seine „mäßige“ Einwirkung auf seine Parteigenossen bestand darin, daß er einen Regierungskurs ankündigte und die Münchener „Offensive“ auf die Tagesordnung der inneren Politik stellte.

Trotz des scheinbaren Entzweiungsumwelts, der von deutschnationalen Führern in Parlament und in der Presse aufgeführt wird, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutschnationalen Volkspartei, unter freundschaftlicher Assistenz der ihr verbündeten Deutschen Volkspartei, ebenso hinter den neuen unützlichen Plänen ihrer militärischen Stoßtruppe steht, wie diese wiederum hinter den meuchelmörderischen Anschlägen der „Terrorgruppen“, für die die rechtsstehende Presse seit Jahr und Tag den Boden vorbereitet hat. Hier handelt es sich nicht mehr um abweichende politische Anschauungen, und noch weniger um einen „geistigen“ Kampf, hier geht es vielmehr um die letzten Vorbereitungen zu einem entscheidenden Schlag gegen die Republik, der eine neue Ära blutigen Bürgerkrieges einleiten soll.

Zielbewußt und systematisch haben die rechtsstehenden Parteien unter der Führung Helfferichs und Ludendorffs, der eigentlichen Häupter der Konterrevolution, diesen Entscheidungskampf vorbereitet. Sie haben die Leitung der bewaffneten Kräfte und die wichtigsten Positionen in der Regierung und Verwaltung an sich gerissen. Sie haben im Bunde mit Stinnes neben den wirtschaftlichen Machtpositionen in Stadt und Land auch einen ungeheuren Presseapparat ausgebaut, der das politische Leben Deutschlands systematisch vergiftet. Sie haben vielleicht nicht so schnell mit einem gewaltsamen Umsturz gerechnet, weil sie glaubten, daß ihnen die reifgewordene Frucht mühelos in den Schoß fallen würde. Nun aber, wo sich die Situation für sie ungünstiger gestaltet hat, und die Früchte ihrer bisherigen Arbeit in Frage gestellt sind, liegt es nahe, daß auch solche rechtsstehende Kreise, die bisher gebremst haben, sich den Wünschen ihrer Anhänger, die zum Loschlagen drängen, nicht mehr ablehnend gegenüberstellen.

Wie dem auch sei: Die Situation ist ernster und drohender, als es nach außen hin den Anschein hat. Die Reaktion kämpft mit Einsatz aller Kräfte um ihre Existenz. Es kann deshalb kein Verhandeln und kein Partieren mit ihr geben, sondern nur unerbittlichen Kampf. Die Regierung darf keinen Tag mehr verlieren, um die Pläne der reaktionären Umstürzler und Reichsverderber zu durchkreuzen. Es geht nicht nur um die Existenz der Republik, sondern auch um die Einheit des Reiches, die die Reaktionen zerschellen wollen. Alle verfassungsmäßigen Freiheiten, alle Grundlagen der Demokratie stehen auf dem Spiele, wenn die Regierung zögert, mit fester Hand in das reaktionäre Verschwörernetz hineinzugreifen, ihre militärischen Stützpunkte zu zerstören und die Zügel der Konterrevolution, Kahr-Banern, zu Fall zu bringen.

An das Proletariat, ohne Unterschied der politischen Richtungen und Weltanschauungen, muß in diesen kritischen Tagen der Ruf ergehen, fest zusammenstehen und sich in höchster Bereitschaft zu halten. Die bisherigen Ereignisse haben gezeigt, daß allein die Arbeiterklasse imstande ist, dem Ansturm der Konterrevolution Widerstand zu leisten. Sie bildet den festen Wall, auf den sich auch jene bürgerlichen Elemente stützen können, die bereit sind, ehrlich und entschlossen für die Republik und die Demokratie zu kämpfen. Wenn es den Würdebanden Helfferichs und Ludendorffs nach einem zweiten Kapp-Putsch gelüftet, so werden sie neben der sozialistischen Vorhut des Proletariats die ganze große Masse des werktätigen Volkes auf den Schanzen finden, die unter Einwirkung ihrer ganzen Kraft den Kampf mit der deutschnationalen Nordreaktion ausfechten wird.

Kapp junior. Im preussischen Landtag haben die Kommunisten folgende kleine Anfrage gestellt: Laut Pressemeldungen hat der Landwirtschaftsminister Warmbold seine Zustimmung dazu gegeben, daß das beschlagnahmte Gut Bienen des Hochverräters v. Kapp freihändig gegen einen sehr niedrigen Preis an den Sohn v. Kapps veräußert worden ist. Billigt das Staatsministerium diese indirekte Unterstützung eines Hochverräters durch den Landwirtschaftsminister?

Zum Dante-Tag

Am 14. September 1921 begeht die gesamte gebildete Welt den Gedenktag der 600. Wiederkehr des Todestages von Dante, der nicht nur der größte Dichter Italiens war, sondern der größte Dichter des Mittelalters, der größte Dichter des Christentums und einer der erhabensten Geister aller Zeiten. Die Zeitungen aller Länder sind voll davon, die außerordentlichen Werke Dantes ihren Lesern darzustellen. Was sollen wir den Lesern eines Arbeiterblattes an diesem Tage sagen?

Wir denken, zunächst einmal die Wahrheit, und diese Wahrheit ist, daß Dante nicht nur der größte, sondern auch der schwierigste Dichter unserer Kulturwelt ist, und daß es einer außerordentlichen geistigen Arbeit bedarf, um auch nur wenige Zeilen seines Hauptwerkes hintereinander lesen und verstehen zu können. Nur sehr wenige Arbeiter Deutschlands werden dazu in der Lage sein. Aber doch ist es möglich, wie der Hymnus auf Dante zeigt, den unser Genosse Dortu uns zu diesem Tage geschickt hat, und in dem er auch die Wirkungen Dantes als Arbeitskameraden schildert, denen er Dante zu lesen gab. Wer sich also die Mühe nimmt, in Dante einzudringen, dem stehen unendliche Freuden und geistige Genüsse bevor. Und selbst wenn nur wenige heute in der Lage sein werden, sich dazu aufzuschwingen, so kann doch Dante als Dichter und als Idee dem Proletariat als Klasse nicht minder gehören, als dem Bürgertum oder der feudalen Gesellschaft.

Ueber Dante läßt sich ungeheuer viel sagen, erschien er doch selbst seinen Zeitgenossen als ein so dunkler und schwieriger Dichter, daß schon 50 Jahre nach seinem Tode seine Vaterstadt Florenz einen Universitätslehrstuhl zur Erklärung seiner Werke errichtete. So ist es denn also ganz unmöglich, anfänglich eines mehr oder weniger zufälligen Gedenktages Dantes ganze Bedeutung im engen Raum einer Tageszeitung zu erschöpfen.

Aber gerade die Unlösbarkeit dieser Aufgabe stellt uns eine andere Aufgabe, die durchaus lösbar ist: nämlich der Arbeiterschaft viel mehr als bisher den Zutritt zu den Geisteskräften der Menschheit zu eröffnen. Wenn wir an einem solchen Gedenktage das Genie und die Idee eines Dichters wie Dante überblicken, so sagen wir uns alle, daß keine gesellschaftliche Veränderung der Welt denkbar ist, die nicht aus Dantes Werken unendliche Erhebung gewinnen könnte. Ja, warum sagen wir uns das nicht, das ganze Jahr, das ganze Leben? Die Bildungsmöglichkeiten, die sich die Arbeiterschaft selbst geschaffen hat, dienen selbstverständlich in erster Linie ihrem Kampf und ihrer Kampfbereitschaft. Sie vermitteln also zunächst praktische Wissenschaft und solche Kulturwerte, die unmittelbar die Einwirkung auf das politische Bewußtsein des Arbeiters versprechen. Je mehr das Proletariat im Kampfe fortschreitet, um so weniger kann es genügen, die Bil-

Die Mitschuld Kahrs und Poehners

In der ersten Sitzung des Ueberwachungs Ausschusses des Reichstags führte Genosse Dittmann bei der Besprechung des Nordes an Erzberger folgendes aus:

Die verfassungswidrige Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern ist eine innen- und außenpolitische Gefahr. Der Mord an Erzberger hat blutig und grell diese Gefahr beleuchtet. Der Ausnahmezustand in Bayern war das Schicksal für die politische Würdeorganisation der konterrevolutionären Monarchisten, Militaristen und Kapitalisten, die ihr Hauptquartier in München haben. München ist das Zentrum der reaktionären Verschwörer gegen die Republik, und die Regierung Kahr ist ihr geliebtes Werkzeug. Der Ausnahmezustand dient dazu, den reaktionären Verschwörern und Mördercliquen ihr verbrecherisches Handwerk zu erleichtern und die unabhängige Kritik an diesem Schandregiment zu erstickten.

Die Entdeckung der Mörder Erzbergers hat die Richtigkeit der vom Genossen Dittmann vorgetragenen Behauptung bestätigt. In München gedeiht infolge des Ausnahmezustandes nicht nur die Atmosphäre des politischen Reichelmothes, der Ausnahmezustand gibt den Mördern auch die Möglichkeit, sich den Zugriffen der Staatsanwaltschaft zu entziehen. So ist der bayerische Ausnahmezustand zu einem patentierten Mörderchutz für deutschnationalen Parteiliste geworden.

Der Kampf gegen die falsche Front

Weißmanns Vorschläge gegen links

Vor einigen Tagen sind in der Presse Vorschläge des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weißmann, veröffentlicht worden, die dieser am 27. August zur Bekämpfung der linksradikalen Propaganda machte. Der Originaltext dieser Vorschläge lautete:

Ich schlage vor, eine Verordnung zu erlassen, damit die Regierung durch Verbot periodischer Druckschriften, die linksradikale Presse und hauptsächlich die „Rote Fahne“ lähmenden kann, die die Rasse täglich zu Gewaltthaten und Angriffen auf die Regierung anstacheln. Ueber die Herausgabe einer derartigen Verordnung haben schon Mitte Mai dieses Jahres Verhandlungen stattgefunden, die durch die Erfahrungen veranlaßt waren, die bei den Märzunruhen in Mitteldeutschland gemacht wurden. Es ist bekannt, daß die bestehende Pressefreiheit eine ausreichende Einschränkung der linken Arbeiterpresse nach dem augenblicklichen Strafrecht nicht ermöglicht.

Damals wurde von dem Erlaß einer solchen Verordnung abgesehen. Aber in der Zwischenzeit hat die linksradikale Presse ihre Bestrebungen nicht aufgegeben, und besonders in letzter Zeit hat sich ihre verfassungswidrige Hege stärker hervorgehoben, wie man es besonders deutlich aus den Artikeln der linksradikalen Zeitungen in Mitteldeutschland und auch der „Roten Fahne“ erkennt.

Eine derartige Unterbindung der Pressefreiheit mag wohl Stoff zu heftigen Angriffen gegen die Regierung bieten. Trotzdem halte ich den Erlaß einer solchen Verordnung für unbedingt notwendig, da die bestehenden Rechtsbestimmungen keine genügende Handhabe zu tatsächlich entschlossenem Einschreiten gegen die linksradikalen Zeitungen geben. Augenscheinlich ist ein wirkungsvolles Vorgehen nur möglich bei Verhängung des Ausnahmezustandes. Da aber aus Grund der gemachten Erfahrungen diese Maßnahme einen großen Teil der Einwohner stark erregt und heutzutage und die Erregung oft gerade auf noch außerhalb der Bewegung stehende Städte übergriff, halte ich ein derartiges Vorgehen nicht für tunlich. Eine zeitliche die Presse betreffende Verordnung, aber, auf Grund derer Zeitungen, deren Schreibweise eine strafbare Handlung in sich schließt oder zu ihrer Begehung auffordert, verboten werden können, würde häufig eine Verhängung des Ausnahmezustandes unnötig machen, ohne daß die Regierung auf die jetzt allein wichtige Unterbindung der Arbeiterpresse zu verzichten braucht.

Aus diesen Erwägungen heraus komme ich zu dem Schluß, eine solche Verordnung für unbedingt erforderlich zu bezeichnen und ihre sofortige Herausgabe auf das Dringendste anzuordnen zu sollen.

Da die Richtigkeit dieser Meldungen nicht bestritten worden ist, so darf man jetzt wohl annehmen, daß Herr Weißmann tatsächlich solche unerhörten Vorschläge gemacht hat. Das kennzeichnet ihn als einen Mann, der ganz einseitig auf den Kampf gegen links eingestellt ist, der nicht

dringender Aufgaben der Arbeiterschaft so eng zu fassen. Nicht das Praktische, nicht das Tendenzlose allein soll die Arbeiterschaft erlernen und erleben, sondern alle großen Kulturwerte, in denen höchste Schaffenskraft, höchste Dämonie, höchste Geistigkeit zum Ausdruck gekommen ist: weil in allen solchen Werken eine Idee enthalten ist, die weit über das Klassenhafte hinaus Ewigkeitscharakter hat. Dies zu erleben, dürfen wir keinem Proletarier vorenthalten. Wir haben sogar alles zu tun, ihm durch Vorträge, Aufsätze, Vorlesungen dazu zu verhelfen. Der Aufstieg der Masse in die Kulturwelt von Dichtern wie Dante ist nicht etwas, was der Entwicklung des Proletariats von einer beherrschten zu einer herrschenden Klasse widerspricht; es ist vielmehr eine innere Bereicherung von unabweisbarer Bedeutung. Bestimmen wir uns an solch einem Gedenktage auf die ungeheuren Werte der größten Männer, die auf der Erde gewandelt haben. Erkennen wir unsere Pflicht, diese Werte als Ausdruck höchsten menschlichen Schöpfervermögens auch den Entertchten des Geistes zu vermachern, dann erfüllen wir unsere Aufgabe vollkommener als durch einen an den Tag gebundenen Gedenktagsbaumel, der nur der Sensation aber nicht dem tiefen Wahrheitskern solcher göttlicher Erscheinungen nahekommt.

Ein Aufsatz über Dantes Leben erscheint in der morgigen Nummer der „Freien Welt“. Ein Artikel über die wichtigsten Dante-Übersetzungen folgt in der nächsten Zeit.

Dante und wir Arbeiter

Von Max Dortu

In einer Arbeiterzeitung sollen nicht nur Berufsleuten ihre Werturteile über das Werk unserer größten Menschen abgeben, — sondern auch die Gefühle der Arbeiter sollen den Arbeitern gebracht werden.

Der Arbeiter selber schreibt seine Gefühle nicht nieder, — er ist mit seinen Gefühläußerungen sehr schüchtern, das heißt aber nicht, daß er weniger fähig als die akademische Welt. Auch die Brust des Arbeiters ist das große Kraftreservoir, aus dem er die Stürme, Sonnen und Sterne schöpft, die da die Lebensbitternis überwinden.

Kein größerer Dünkel als der Dünkel der bürgerlichen Kultur, der da spricht: Gott, wie könnte das auch ein Arbeiter verstehen! Ich, der ich das Herz und die Seele des Arbeiters bis in ihre letzten Tiefen kenne, ich wage Kühn zu behaupten: Es ist die Kultur des Proletariats der bürgerlichen Kultur weit überlegen. Ich gehe noch höher: Ich empfinde die kulturelle Welt des Bürgertums als einen Zerfall der wahren Kultur, als Gesamtercheinung gesehen — als Richtkultur, als Inkultur!

steht oder nicht sehen will, daß die Gefahr für die Republik nur von rechts her besteht. Es zeigt ihm aber auch als einen Menschen, der das ist jeder politischen Erkenntnis, — der nicht weiß, daß die kommunistische Partei sich gegenwärtig in einer so starken inneren Zerrüttung befindet, daß von ihr überhaupt keine Gefahr ausgehen kann.

Unsere Meinung, daß dieses Kommissariat der öffentlichen Ordnung völlig überflüssig ist, erhält damit wiederum eine neue Bestätigung. Vor allen Dingen aber muß dieser Mann, der in dem Augenblick, in dem die Schiffe auf Erzberger die Bedrohung der Republik von rechts weitläufig leuchtend gezeigt haben, den Kampf gegen links predigt, sofort verschwinden.

Wilhelms Steuern

Bis heute kein Pfennig bezahlt

Der Vergleich mit den Hohenzollern ist immer noch nicht abgeschlossen, und vorläufig ist auch noch nicht abzusehen, wann es endlich so weit sein wird. Man weiß, daß starke Kräfte am Werke sind, um dem deutschen Volk eine möglichst schwere Last aufzuladen, damit es nur mit wehmütigen Gefühlen an seinen verstorbenen Kaiser denken kann.

In der Regierungsvorlage, die vom Landtag zurückgewiesen wurde, fand sich eine Klausel, nach der die Hohenzollern großmütig auf die Krone, für die sie ursprünglich 193 Millionen Mark in bar verlangt hatten, verzichteten, ein Verzicht, der um so großmütiger erscheinen mußte, als die Krone nur dem regierenden Hause zufam, also nicht auch der Familie des davongekauften Wilhelm. Aber die preussische Regierung wollte den Hohenzollern für diesen famosen Verzicht das ganze Reichsnotopfer samt anderen direkten Steuern in Höhe von 100 Millionen Mark zahlen.

Nachdem der Landtag diesen Entwurf zurückgewiesen hatte, kam eine Vereinbarung zustande, nach der bis zum 1. Oktober 1921 von der ganzen Masse keine Steuern erhoben werden sollten, damit erst einmal festgestellt werden könnte, was Staatseigentum und was zu versteuernes Privatgut sei. Bisher ist also noch kein Pfennig Steuern bezahlt worden. Statt dessen haben Mitglieder dieser eben genannten Familie den Fiskus geschädigt, wo es nur möglich war; es sei nur an die Kapitalverschleppung des Erbprinzen und des Kellners der Monarchie, Citel-Schieberich, erinnert.

Jetzt macht der „Vorwärts“ darauf aufmerksam, daß durch die hohenzollernschen Landwirtschäften die Steuerhinterziehung im Großen betrieben wird. Mehr als 100 000 Hektar unterliegen der Verwaltung des „königlichen“ Hausministeriums, das immer noch existiert, ohne daß sich das preussische Finanzministerium viel darum kümmert. Die günstige agrarische Konjunktur bringt ihm ungeheure Erträge, die schon jetzt als zweifelsfreies Privatvermögen gelten, wenigstens, soweit die Profite in Frage kommen. Insofern es sich um die Steuern handelt, wird die Sache plötzlich unklar, und tatsächlich gilt für die Hohenzollern immer noch völlige Steuerfreiheit.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die Kronverwaltung mit allen Mitteln tätig ist, um die zu zahlenden Steuern zu hinterziehen und bei dem Schiedsamt der Hohenzollern werden die Beträge, die dabei dem Staat verloren gehen, sicher nicht klein sein. Wir stimmen dem „Vorwärts“ zu, wenn er fordert, daß das zweifelsfreie Privatvermögen sofort versteuert werden soll, aber wir wollen bei dieser Gelegenheit gleich einmal wieder fragen, wie weit denn die Hohenzollerngeheimnisse eigentlich im Finanzministerium ist. Es wird allmählich klar, daß man die ganze Sache ins Reine bringt. Die bestehende Unsicherheit über die ehemaligen Haus- und Familiengüter ist völlig unzureichend und bei der im Ministerium herrschenden Gesinnung eher geeignet, den Staat, als den immer noch geliebten Wilhelm zu schädigen. Das deutsche Volk hat wirklich in jeder Beziehung von den Hohenzollern genug.

Verbotener Regimentsstag. In Chemnitz sollte vom 24. bis 26. September der Regimentsstag des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 104 stattfinden. Die Chemnitzer Polizeidirektion hat entschieden, daß diese Veranstaltung unter der Verordnung der sächsischen Regierung vom 31. August fällt und demgemäß verboten ist.

Wohin flüchte ich mich, wenn sich mein Inneres vor Verbitterung zu ähneln klopft, vor Verbitterung über den gemachten Kulturlanz der Bürgerkaste —? O, es treiben mich meine schwersten und schweren Stunden immer wieder zum Herz des Proletariats.

Zur schönen Sache: Dante!
Seit Tag und Jahr habe ich meinen Dante, will sagen, die göttliche Komödie, bei meinen Genossen und Genossinnen herumgeschleichen, bei denen, die auf Empfangnis von Schönheitskugeln, die klarumrissene Eigenpersönlichkeiten sind, die verstehen und urteilen können, mit der Kraft proletarischer Gefühlswelt.

Gestern brachte mir ein Freund, in den dreißiger Jahren lebend, meinen Dante zurück. Was sagte er? „Gib mir heute einmal deine Bibel mit!“ Ich staune: „Wißt du Zusammenhänge finden?“ Er: „Dante und die Bibel sind die großen Weisheitsbücher der Menschheit!“ Das sagte mit leuchtenden Augen ein Metalldreher, der den Krieg als Heizer auf einem Fronttorpedoboot durchlucht hat.

Jetzt will ich in kurzer Zusammenfassung sagen, wie in unserem proletarischen Leserkreis der Arbeiter Dante beurteilt!

Dante ist der Geist der Wahrheit, Reinheit und Schönheit. Die katholische Dichtung ist der große Geistes des vollkommenen katholischen Papsttums. Die Glaubensform Dantes ist klar und erhaben wie die Linienführung der hohen Himmelsgebirge Orion, Schwan und Südliches Kreuz!

Der Aufbau der „Göttlichen Komödie“ ist durchsonnt von kosmischen Gedanken, durchweht vom Aufgefühl des großen Menschen Franz von Assisi.

Wir Arbeiter finden in Dante uns wieder. Seine Glaubensform mag eine andere wie unsere sein, aber die Reinheit seiner Form gleicht der Reinheit und Schönheit unserer Auffassung von Mensch, Gott und All.

Es ist nicht erhaben, bei allen großen Menschen immer eigenen Willen zum Aufstieg wiederzufinden, der uns durchlebt und lebensgläubig macht!

Der große, allumfassende Gedanke des Schöpfers, er ist nicht zeitbegrenzt, er ist nicht an Erdball und Lehre gebunden, er ist unindividuell, er schweift von Stern zu Stern.

Und mit der rauhen Brutalität der Weltgeschichte kann und das große Wissen verfühnen: Immer waren Menschen da, die der heiligen Fährte des Weltgeistes nachgingen, die zum letzten Erkennen strebten und kamen! Die da in allen Dingen die große Gemeinsamkeit erfüllten und erlebten. Und wenn wir Sozialisten die Menschheit zum edumpspannenden Gemeinheitsstreben zusammenschließen streben, dann sind wir nur Erbauer göttlicher Gehege, die heranziehend Form bilden Form ersehen.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenfrage vor dem englischen Kabinettskomitee

London, 14. September.

Das britische Kabinettskomitee hat sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt, doch konnte man über die verschiedenen Projekte, die vorliegen, zu keinem Abschluß gelangen. Gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wurde allgemein Stellung genommen. Man gab der Ansicht Ausdruck, daß eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dadurch erfolgen könnte, daß in großem Umfange öffentliche Bauten ausgeführt und andere Notstandsarbeiten verrichtet werden. Eine Konferenz zwischen den Vertretern des Schatzamtes, dem Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege und den Behörden der einzelnen Städte soll heute stattfinden. Der Antrag des Ministers Mac Donnell, 10 Millionen Pfund Sterling für die Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen, wurde verworfen.

Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei

Paris, 13. September.

„Journal“ meldet aus London: In Liverpool wurden im Verlaufe der gestrigen Unruhen 156 Personen verhaftet, darunter der bolschewistische Pastor Reverend Laughland. — In Liverpool hatten die Arbeitslosen demonstriert, und die Polizei nahm das zum Anlaß, um eine Attacke gegen sie zu unternehmen.

Der Streik in Nordfrankreich

Paris, 13. September.

Der Arbeitsminister hat heute nachmittag Vertreter der an dem Textilkonflikt in der Gegend Roubaix—Tourcoing interessierten Arbeiter empfangen. Diese haben wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne mit Recht als gerechtfertigt erachten mit Rücksicht darauf, daß seit dem Schiedspruch des Arbeitsministers vom 13. April 1920 ihre Löhne nicht erhöht worden seien. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne wird um so notwendiger, als die Arbeiter schon seit langen Monaten unter Arbeitseinschränkungen leiden. Den vom Minister vorgeschlagenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde zugestimmt.

Kongress der Kriegsbeschädigten

Genf, 13. September.

(M. L. B.) In Genf ist eine Delegiertenversammlung der großen Kriegsbeschädigten-Vereine zusammengetreten, auf der Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Dänemark, Polen vertreten sind. Die Mitgliederzahl, der durch die Delegierten vertretenen Verbände übersteigt vier Millionen.

Die zentralamerikanische Republik

Genf, 14. September.

Aus New York wird gemeldet, daß Guatemala, Honduras und San Salvador am 10. September in San Salvador den Akt unterschrieben, demzufolge sie nunmehr eine föderative Republik bilden. Die konstituierende Nationalversammlung dieser zentralamerikanischen Staaten beschloß, daß die von der früheren Föderation geführten Wappen und Fahnen wieder in Gebrauch genommen werden sollen. Hauptstadt und Sitz der Bundesbehörden wird die Hauptstadt der Republik Honduras, Tegucigalpa, sein.

Diese Staaten hatten sich früher schon zu einer föderativen Republik zusammengeschlossen, sie war aber bald wieder zerfallen. Jetzt zwingen die wirtschaftlichen Verhältnisse der mittelamerikanischen Staaten wiederum zum Zusammenstoß, es fehlen allerdings noch Nicaragua und Costa Rica. Panama, das gleichfalls in Mittelamerika liegt, gehört tat-

sächlich schon zu den Vereinigten Staaten. Es ist möglich, daß die weitere staatliche Entwicklung in Mittelamerika mit dieser Verschmelzung noch nicht zu Ende gekommen ist, und daß sich für sie die Notwendigkeit ergibt, entweder an Mexiko oder an die Vereinigten Staaten von Nordamerika Anschluß zu suchen.

Hart bleiben!

Der große Vertrauenskörper der Sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurts sagte am Freitag einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Vertrauensleute der S. P. D. Groß-Frankfurts fordern den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Aufhebung der bayerischen Bestimmungen über den Ausnahmezustand.
2. Entlassung aller monarchistischen Offiziere der Reichswehr.
3. Beteiligung des Reichs an Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe sowie am landwirtschaftlichen Großgrundbesitz.
4. Bildung eines mit dem Reichskabinetts konformen Ministeriums in Preußen.“

Auch dieser Beschluß zeigt die Stimmung der Arbeiterschaft. Selbst die Reichsregierung gegenüber München nicht hart und unnachgiebig, so wird sie die gesamte Arbeiterschaft als Gegner gegen sich haben.

Deutschnationale Brotverteuerer

Die preussische Landtagsfraktion fordert einen Beschluß, durch den die außerordentlichen Härten der Getreideumlage gemildert, die Ernte von 1922 völlig freigegeben, mit größter Beschleunigung Futtermittel eingeführt und der Teuerung durch Nachprüfung und Herabdrückung des so ungemein brotverteuernden Verwaltungspreises des Umlagegetreides bewirkt werden sollen.

Kaum haben die Agrarier erreicht, das Preisverbot auf Brotgetreide auf einen Bruchteil der Ernte herabzusetzen, so sind sie auch schon am Werke, durch weitere „Mildrungen“ erneute Brotverteuerungen zur Bereicherung der Landwirte zu fordern. Den Rest der Zwangswirtschaft für die diesjährige Ernte unwirksam zu machen und für die nächste Ernte sich völlig freie Hand in der Ausweitung der Bevölkerung zu verschaffen, das ist ihr Ziel. Daß sie obendrein die Steuern beibehalten, die Teuerung statt auf die unerträglichen Getreidepreise auf die Verwaltungskosten zurückzuführen, läßt ihre demagogische Unverfrorenheit in einem besonders grellen Lichte erscheinen.

Regierungsmassnahmen gegen die Verwüstung unserer Wälder. Die Hochkonjunktur der Holzpreise wird jetzt von vielen Waldbesitzern in einer Weise ausgenutzt, daß Gefahr besteht, große Teile der deutschen Wälder zu verlieren, ohne daß Renaturierungen stattfinden. Die preussische Regierung will dieser Gefahr durch Forstschutzgesetze vorbeugen, die bereits in nächster Zeit dem Landtage zugehen werden.

Auszahlung der neuen Teuerungszulagen für die Beamten. Die Finanzministerien haben Anweisung erteilt, den Beamten, Angestellten und Arbeitern die neuen Teuerungszulagen noch im Laufe dieser Woche auszugeben.

Austritt der K. A. P. D. aus der kommunistischen Internationale. Auf dem Parteitag der K. A. P. D., der gegenwärtig in Berlin tagt, wurde einstimmig der Austritt der K. A. P. D. als sympathisierendes Mitglied aus der kommunistischen Internationale beschlossen.

Kessel-Explosion auf einer westfälischen Zeche. Auf der Zeche Adolf von Hanemann in Kengede ereignete sich eine schwere Explosion im Kesselhaus. Zwei Heizer wurden sofort getötet, drei weitere Arbeiter starben auf dem Transport zum Krankenhaus. Ein Heizer erlitt lebensgefährliche Brandwunden, vier weitere

diese Mischung von Eichendorff mit Strindberg ist verurteilt, immer wie Talent zu wirken, ohne sich jemals als selbständigen Wert behaupten zu können. Eulenberg ist Epigone, das sich jedes Kind. Aber ihm fehlt jedes Können, das aus einem Elfschiller Format verleiht.

Die Wiederaufnahme des Stüdens kann nur von einer Kritik unterstützt werden, die dem Neuen wissos gegenübersteht. Die Aufgaben des Schloßpark-Theaters, das einen vom Theaterzentrum geographisch abgelegenen Teil Berlins mit Bühnenkunst versorgen soll, liegen auf anderem Gebiet. Die Aufführung liegt in Adolfs Paul Hendels einen sehr schlechten Schauspielern erkennen, aber einen sehr gewandten Regisseur mit Farben- und Antonsinn haben. Das Richtige wäre, wenn Hendels sein Talent den wirklichen großen Dichtern, wie z. B. Büchner, zuwenden würde und nicht seinem Landsmann Eulenberg, der doch nur ein bodenloser, wenn auch vielleicht lebenswerter Nachklang wirklicher Dichtung ist. F. St.

Das Schicksal der ostasiatischen Kunstabteilung in Berlin. Die Zukunft der wichtigsten ostasiatischen Kunstabteilung der Berliner Museen hat neuerdings die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt. Das asiatische Museum in Dablen, das den bisher immer noch in Kisten verpackten herrlichen Sammlungen Unterkunft geben sollte, scheint als solches aufgegeben zu sein. Wie nun die Seemannsche „Kunstchronik“ mitteilt, besteht neuerdings der Plan, die Abteilung in einigen Räumen des Ronjow-Schlösses unterzubringen. Es wäre wirklich höchste Zeit, diesem blamablen Zustand ein Ende zu bereiten, daß Kunstschätze von höchstem Wert und einestlicher Bedeutung seit Jahren in Kisten verpackt bleiben, wo so viele Schlösser in Berlin und Potsdam leer stehen.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen Donnerstag früh beistellen wird, enthält folgende Beiträge: O. R. Fontane: Am Schalter — Dr. Ch. Koberger: Dantes Leben — Dr. H. Falkenfeld: Philosophen für und gegen die Revolution: V. Marx — Maria Krieger: Entwicklung des Geschlechtslebens — Artur Streich: Ein Ehebruchsdrama bei Familie Storch — Rosa Luxemburg: Die rote Fahne — F. W. Deletere — Ricardus: Ich möchte zum Film! — Der gesunde Körper.

Sprechstunde für die proletarischen Pflanzkinder. Donnerstag, abends 7 Uhr pünktlich, Abendstunden in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, zwischen Rosenbaler- und Alte Schönhauser Straße. Parteigrößen, Männer und Frauen, alte und junge, sind als neue Mitglieder willkommen.

Tages-Notizen

Verlobung Ehrenführer. Kommtspiele: Janssen von Hilsdorf, am Freitag. — Deutsches Theater: Herodes und Marianna, am Freitag. — Berliner Theater: Mithras gefolgt. — Große Volkstheater: Neue Welt Fibella. — Die Bühnenvereine: Berliner Bühnenvereine (K. A. P. D.) gibt Sonntag, 7½ Uhr, im Bestenfalls ein Konzert unter Mitwirkung von K. A. P. D. in der Kammersaal. — Dank Friedrichs Bericht „Offizieller“, 8 Uhr aus dem Westring von Hans Hofmann, Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Potsdamer Straße 30.

wurden mehr oder weniger schwer verbrüht nach dem Krankenhaus gebracht.

Die Ueberschwemmung in Amerika. „Daily Telegraph“ meldet aus San Antonio (Texas): Bisher wurden 100 Tausend an den Ufern des Gabillesflusses gelandet. Die Handelsflotte von San Antonio schätzt den durch die Ueberschwemmung angerichteten Schaden auf 8 Millionen Dollar.

Der Aufstand in Mitteldeutschland

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag die Vernehmung des Oberregierungsrats Freytag fortgesetzt, die am Sonnabend nicht beendet werden konnte. Ueber die Entwaffnungsaktion befindet der Zeuge, sie habe in der Provinz Sachsen nur ein sehr geringes Ergebnis gehabt. Die Reibungen über Leuna seien sehr übertrieben gewesen. Statt 200 Maschinengewehre habe man nur 4 gefunden. Die Kommunisten seien gut organisiert gewesen, aber über das Vorhandensein einer Roten Armee hätten die Behörden keine Nachrichten gehabt. Abg. Kilian (M. L. B.) bittet, Zeugen dafür zu laden, daß Rechtskreise ihre eigenen Klüften zu verdecken suchten durch die Behauptung, die Kommunisten bereiteten eine Rote Armee vor. Dabei seien sie unterstützt worden durch die Rechtskreise der Sipps und ihre Spitzel, die Sportvereine und Rote Armeen erfanden. — Zeuge: Diese Nachrichten seien bei der Schupo nicht mehr.

Der ehemalige Bismarckminister Hundt aus Halle soll zum Mittwoch telegraphisch geladen werden, damit er inzwischen nicht beeinflusst werden kann.

Abg. Heidenreich (D. Sp.) kündigt die Vorlegung von Dokumenten für das Vorhandensein einer Roten Armee an. — Abg. Kilian protestiert dagegen, daß diese Dokumente etwa als authentisch betrachtet werden, so lange ihre Quelle unbekannt ist. — Auf eine Frage des Abg. Dr. v. Dingeldey erwidert der Zeuge, es sei ihm nicht bekannt, daß die Magdeburger Spitzelzentrale eine behördliche Einrichtung gewesen sei. — Dr. v. Dingeldey: Herr Seewering hat mehrfach erklärt, Höring habe der Aufhebung des Belagerungszustandes widersprochen wegen der Gefahr eines Rechtsmissbrauches. Im Gegensatz dazu hat Oberpräsident Höring selbst in einem ausführlichen Bericht auf die gefährlichen Vorbereitungen der Anarchisten und Kommunisten hingewiesen und deshalb das Fortbestehen des Belagerungszustandes gefordert. Die Erklärung des Herrn Seewering ist also falsch. (Unruhe). Das steht zum Mindesten im Widerspruch. — Vorsitzender: Diese Behauptung müssen wir zunächst durch weitere Zeugenvernehmungen klären.

Abg. Kilian: Ist die Kontrolle in den Waffenfabriken nicht sehr hart? — Zeuge: Gewiß! Trotzdem ist uns jetzt erst wieder gemeldet worden, die Waffenarbeiter seien bereit, den Kommunisten sofort 20 000 Gewehre zu liefern. (Seitert.) Auf Befragen durch Dr. v. Dingeldey bestätigt der Zeuge, daß Verfassungseingriffe bei Rechtsorganismen nicht festgestellt sei. Nach dem Verbot der Orgel habe allerdings noch ein Mitglied des Vereins „Stadt und Land“ dem Landrat geschrieben, der Verein gehöre der Orgel an. Der Brief sei dem Staatsanwalt übergeben worden. Die Orgel habe sich mit Worten, wenn auch nicht mit Taten, gegen die Verfassung gewendet. Der Zeuge verliest Stellen aus Reden von Hym. Werner vom Bund der Frontsoldaten und General v. d. Holtz. Die statutenmäßige Angabe, Orgel stehe auf dem Boden der Verfassung, genüge nicht, wenn solche Reden gehalten werden. Verdore solcher Organismen seien nicht erfolgt. Dem Abg. Kilian bestätigt der Zeuge, das verfassungswidrige Statut genüge auch bei den „Stahlhelm“-Vereinen nicht. Es komme auf die Bestätigung im Gegenzug zu seinem Statut keine Rücksicht zu nehmen auf. Abg. v. Cynern (D. Sp.): Beurteilen Sie eine Partei oder einen Verein nach einer einzelnen Rede eines Vorstehenden? — Zeuge: Ich betrachte sie als Beobachtungsmaterial, nicht als Anlaß zum Einschreiten. — Der Zeuge wird darauf über

die Einwirkung der kommunistischen Parteien

vernommen. Er glaubt nicht, daß der Ausschuss ohne eine solche Einwirkung gekommen wäre. Der Zeuge verweist auf die kommunistische Presse, namentlich die Tätigkeit des Redakteurs Schmeider. In Eisenberg habe zweifelslos Schneider direkt den Aufbruch herbeigeführt. Das habe übergriffen auf die kommunistische Leitung in Halle, die zum Generalkomitee aufrief. Die Berliner Zentralkommission habe sich dann angeschlossen. Der erste Aufruf zur Niederlegung der Arbeit, Abhebung der Betriebsräte und zum Widerstand gegen die polizeiliche Besetzung der Betriebe sei zunächst von der Drissgruppe Eisenberg ausgegangen. Es wurde zur Bewaffnung und zur Waffenruhe aufgelodert. Nur in Leuna sei der Betrieb von Bewaffneten besetzt worden und zwar unter Führung von Kemp. Von einem zentralen Aufruf ist dem Zeugen nichts bekannt.

Nach einständiger Mittagspause wurde in der Vernehmung des Oberregierungsrats Freytag fortgesetzt. Der Zeuge gab zunächst Auskunft über die Eisenbahnattentate bei Ummendorf, Gröbers und Erfurt. Bei letzterem sei eine direkte Einwirkung der Kommunisten nicht nachweisbar gewesen, wohl aber bei Gröbers und Erfurt, wo die Täter sehr bald entbedt worden seien. Ueber vorgekommene Grausamkeiten befragt, bestätigt der Zeuge das Vorkommen solcher Grausamkeiten, heute noch habe ein Landrat die Vergewaltigung einer hochschwangeren Frau gemeldet, im übrigen legt Zeuge eine Reihe von Photographien verfallener Leichen vor. — Abg. Kilian erwähnt, in Eisenberg sei ein früherer Leutnant Reumann, der die Werkpolizei organisiert habe, gerichtlich verurteilt worden, wegen Brandstiftung und Hinderung einer Villa, diese Taten seien Kommunisten zur Last gelegt gewesen. — Der Ausschuss beschließt Ladung des Leutnants Reumann, wie auch der angeklagten genutzlichsten Frau eines Wirtschaftsinpektors in Schafstädt, die Gerichte darüber seien weit übertrieben.

Sichtlich der Vernehmung der Amtsvorsteher sagt Zeuge aus, daß die Klagen über die Handhabung der Fremdenpolizei bei den Landräten allgemein gewesen seien. Disziplinarisch sei vorgegangen gegen Amtsvorsteher, die der kommunistischen Partei angehört und sich während des Aufstandes kommunistisch betätigten. — Der Zeuge geht sodann auf

die Tätigkeit des Landrats Casparek

ein. Ueber seine dienliche Führung seien keine Klagen laut geworden. — Abg. v. Cynern beantragt Herbeiführung der Urteile Casparek, das sei wichtiger als das Anhören der juristischen Anhörung eines Zeugen. (Unruhe links.)

Zum Fall Naute. Deißsch erklärt Zeuge, Landrat Naute habe nicht gegen die Reichswehr agitiert, vielmehr habe es zur Ruhe und Besonnenheit gemacht, er sei von der Reichswehr vollkommen ignoriert worden. — Ueber die Amnestieanforderung seitens des Oberpräsidenten Höring für Waffenablieferung in Eisenberg wird festgestellt, Höring habe den bereits getroffenen Maßnahmen des Majors Holke lediglich telephonisch zugestimmt, wozu bei Waffenablieferung innerhalb einer gewissen Frist Straflosigkeit zugesichert worden war, im übrigen habe der Oberpräsident jede Verhandlung mit den Verführern abgelehnt, es seien lediglich Bedingungen gestellt worden. Damit ist die Vernehmung des Oberregierungsrats Freytag beendet. Als nächster Zeuge erscheint Polizeileutnant Braunsdorf-Magdeburg, dessen Aussagen belanglos sind.

